

| | | |
|---|----------------|--------------------------------------|
| NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe | Gremium: | 26. Plenarsitzung Gemeinderat |
| | Termin: | 19. Juli 2016, 15:30 Uhr |
| | | Öffentlich |
| | Ort: | Bürgersaal des Rathauses |
| | Vorsitzende/r: | Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup |

33.

Punkt 29 der Tagesordnung: Städtebaulicher Rahmenplan für die Karlsruher Höhenstadtteile – Aktueller Umsetzungsstand und Auswirkung von angedachten Wohnbauflächen

Antrag der Stadträte und Stadträtinnen Tilman Pfannkuch, Hermann Brenk, Jan Döring, Dr. Albert Käuflein und Marianne Mußnug (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 7. Juni 2016

Vorlage: 2016/0336

Beschluss:

Einverstanden mit Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 29 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die Verwaltung ist in allen Punkten der Intention dieses Antrags der CDU-Fraktion nachgekommen. Ich möchte mich dafür bedanken. Es war einfach an der Zeit, die sehr positive Entwicklung des Rahmenplanes für die Höhenstadtteile in Erinnerung zu rufen, weil sich doch einiges getan hat. In der Vorlage wird das dankenswerterweise auch mit Beispielen unterlegt. Von daher brauche ich nicht viel hinzuzufügen.

Vielleicht zwei Punkte. Anlass war sicherlich die Diskussion über die Wohnflächenentwicklung, wo ich als Vertreter der CDU-Fraktion nur dazu raten kann, mit Behutsamkeit in diesen Bereich hineinzugehen.

Eine zweite Anmerkung sei erlaubt. Vielleicht können wir in den Rahmenplanprozess und das Monitoring, das für Sommer 2017 angekündigt ist, dann schon die sich abzeichnenden Elemente des heute auch beschlossenen Beitritts zum Naturpark miteinfließen lassen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich bin etwas verwundert gewesen über diesen Antrag. Ich weiß nicht, warum dieser Antrag gestellt wurde. Die CDU greift mitten in einen Entwicklungsprozess ein, der schon am laufen, bzw. schon ziemlich weit fortgeschritten ist. In Wettersbach gibt es einen Sanierungsbeirat, der sich mit dem Rahmenplan Höhenstadtteile und mit dem Sanierungsgebiet Wettersbach auseinandersetzt. Bei uns in Hohenwettersbach ist die Entwicklung der Nahversorgung auch verbunden mit den Anregungen der Bürger, was den öffentlichen Nahverkehr anbelangt.

Aber am meisten geärgert hat mich, Herr Pfannkuch, und das verstehe ich nicht: Sie haben eine dermaßen Unruhe geschürt durch den Punkt 3, der auch gestern wieder groß in den BNN verbreitet wurde, und zwar Fortschreibung des Flächennutzungsplans im Bereich Wohnen. Ihr Antrag ist von drei Ortschaftsräten unterschrieben, Herr Pfannkuch, Herr Brenk, Frau Mußnug. Sie greifen also über die Entscheidung der Ortschaftsräte hinweg. Ich finde das nicht in Ordnung. Das muss ich jetzt einmal sagen. Durch die Presseberichterstattung und durch diesen Antrag haben Sie einen dermaßen Wirbel verursacht.

Die Ortschaftsräte entscheiden noch. Es ist noch gar nicht festgeschrieben, für welche Flächen man sich entscheidet, ob wir uns für Variante A oder Variante B entscheiden. Was soll das denn? Sie greifen den Entscheidungen vor. In Stupferich ist es noch nicht behandelt worden. In Wettersbach ist es schon behandelt worden. Wir hatten es nicht öffentlich, wir machen es nächste Woche öffentlich.

Ich finde, als Ortschaftsrat ist das eine dermaßen Anmaßung, den Entscheidungen der Ortschaftsratsgremien vorweg zu greifen mit so einer Anfrage. Das wollte ich jetzt einmal anbringen. Das hat mich sehr enttäuscht. Das ist kein guter politischer Stil.

Stadtrat Hock (FDP): Ich bin der CDU-Fraktion dankbar, dass sie diesen Antrag gestellt hat. Aber ich bin genauso Frau Ernemann dankbar, dass sie jetzt das sagte, was ich auch gedacht habe.

Von daher sind wir uns fast einig. Zu Punkt 3 muss man sagen, der Flächennutzungsplan Fortschreibung 2020 Wohnen ist jetzt ein ganz angestregtes Thema. Das wird in verschiedensten Gremien demnächst auch von der Bürgerschaft heißt diskutiert. Es geht dann nicht nur um die Höhenstadtteile, es geht um die ganze Stadt.

Deshalb: Der Antrag ist okay. Frau Ernemann hat Recht.

Der Vorsitzende: Besser hätte es die Verwaltung auch nicht formulieren können.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: